

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, K. 16, Holbeinstr. 40

Telefonnummer 21 806 Postfachkonto: Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Abonnement: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt. Preis 10.00 M. ...

Abonnement: Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 12 Uhr vorm. ...

Ein Jammer

Von unserem parlamentarischen Vertreter

Das Schauspiel von Berlin jammert einem die Ursache der Krise, in der wir nun schon seit mehr als 14 Tagen stehen und die sich in den letzten Stunden ungemein verschärft hat, ist in dem unheimlichen egoistischen Parteigeist zu suchen, der mancherorts auch heute noch herrscht. Was wir in diesem Verlauf in den letzten Tagen erleben mussten, wirkt auf jeden, der es wohlwollend mit seinem Lande und Volke und der um bestenwillen den Standpunkt der Großherzigkeit und der Großzügigkeit und die alles überragende Idee der Erhebung vaterländischer Gesichtspunkte über den Parteistandpunkt wünschen muß, geradezu erschütternd. Wenn man dieses Jammerbild an sich vorüberrollen läßt, und wenn man noch dazu durch unmittelbare politische Mitarbeit mitten in diesen Dingen zum direkten Anschauen dieser Szene gezwungen wird, dann möchte einem die Verzweiflung überkommen. Dann könnte man wirklich auch in eine Stimmung geraten, die dahingehend, den Dingen ihren Lauf zu lassen, um nicht selber von dem Jammer erdrückt zu werden. Und dennoch: Wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen, wir müssen schaffen und arbeiten, um aus den parteiischen Niederungen, die uns jetzt in den Sumpf hinauf zu zerrn drohen, uns herauszuretten. Und wir müssen auch mitarbeiten an der Aufklärung der großen Öffentlichkeit bezüglich dessen, was in heimlichstem Parteigeist dort in Berlin in einer den Bestand, die Ruhe und Sicherheit des Landes ungemein gefährdenden Weise sich zu vollziehen beginnt.

Der Vorwurf, die Annahme eines ruhigeren Schaffens geheißen und gefordert zu haben, trifft einerseits die Sozialdemokratie und andererseits die Deutsche Volkspartei. Was die Sozialdemokratie angeht, so hat diese durch ihre Führer in den langwierigen Verhandlungen und unter besonders loyaler Mitwirkung des Reichspräsidenten ganz bestimmte Forderungen bezüglich der Bildung des neuen, aus einem Mittelblock bestehenden Kabinetts gemacht. Die Demokraten und das Zentrum wußten annehmen, daß gerade mit Rücksicht auf Span die Sozialdemokraten bei der ersten entscheidenden Abstimmung über die Programmklärung der Regierung ihr Vertrauen aussprechen. Auf dieser Basis allein konnte überhaupt an die Schaffung des Mittelblocks herangetreten werden. Fehrenbach hatte die unglücklichen Schwierigkeiten auch bereits so weit gemindert, daß alles im schönsten rote schien und auch schon bis auf wenige Punkte das ganze neue Reichstagsfraktion besetzt war. Die Demokraten hatten auch schon ihre entscheidende Fraktionsabstimmung abgehalten und auch der besonders zusammengerufene Parteilaufschuß der Demokraten billigte die Haltung der Reichstagsfraktion und sprach ihr das Vertrauen aus. Der Demokratenführer Petersen hatte erklärt, daß die Reichstagssozialdemokraten ausdrücklich dem Programm und der Zusammensetzung der neuen Regierung ein Vertrauensvotum in Aussicht gestellt hätten. Dieses sei auch die Bedingung der Mitwirkung der demokratischen Minister in der Regierung. Noch war aber diese demokratische Sitzung nicht zu Ende, da überreichten die Vertreter der Reichstagssozialdemokraten, die um diese Stunde ebenfalls tagten, einen Beschluß ihrer Fraktion, wonach sich die Sozialdemokraten bei der entscheidenden Abstimmung über das Vertrauensvotum im Reichstag der Stimme enthalten. Damit war für die Demokraten, wie überhaupt für die Bildung eines ganz neuen Kabinetts.

Zu allem dem kam aber noch eine neue Sprengmine mitten in die schon fast völlig abgeschlossenen Verhandlungen über die Zusammenlegung des Kabinetts platze nun plötzlich die Deutsche Volkspartei mit neuen Forderungen, die tatsächlich „zyklischen“ Charakter haben mußten. Sie forderten, daß das Zentrum auch das Finanz- und das Postministerium abgäbe, um es mit Fachministern zu besetzen. In den Vorverhandlungen hat die Deutsche Volkspartei diese Forderung der Bildung mit Fachministern nur für das Finanz- und das Postministerium erhoben, Fehrenbach hat aus eigenem auch das Verkehrsministerium einem Fachmann übertragen wollen. Das Verbleiben bei beiden Zentrumministern Dr. Wittig und Wiesberts fand bei der Deutschen Volkspartei leintriebige Einmütigkeit. Die neue Forderung mußte naturgemäß alles über den Haufen werfen, was bis dahin geschaffen war. Schon die Führung der bisherigen Verhandlungen um die Besetzung der Ministerposten hatte abgesehen ergeben, daß die Deutsche Volkspartei durchaus nicht so unzugänglich ist, wie sie sich vor dem Lande hinstellen beliebt. Ihrem anfänglichen Sträuben bezüglich der Beteiligung an einer Koalition der Mitte lag wie sich immer klarer und auch verständlicher herausstellte, nicht anderes als die Eucht nach möglichst vielen und möglichst starken Reichspositionen in der neuen Regierung zugrunde. Man muß die Einzelphasen dieser Verhandlungen kennen, um sich ein Bild machen zu können, wie stark der Hunger der Deutschen Volkspartei nach Ministerstellen war, weshalb Partei also, die bisher den anderen Parteien Klettergerüst schenken zu sollen glaubte. Die inneren Gegensätze, die wir in ihrer anderen Partei gerade bei der Deutschen Volkspartei in den maßgebenden Persönlichkeiten ausgeprägt sind, kommen gerade jetzt in einer Kleinmütigkeit, in einer Banalität und einer inneren Unzufriedenheit zum Ausdruck, die das Schicksal für ein etwaiges mögliches Zusammenarbeiten anderer Parteien mit der Deutschen

Volkspartei eröffnen. Bemerkenswert ist, daß der von der Deutschen Volkspartei für das Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagene Kruppdirektor, Geheimrat Wiedfeld, die Bedingung gestellt haben soll, daß auch das Reichsfinanzministerium mit einem besonderen Fachmann besetzt würde. Statt daß die Deutsche Volkspartei von dieser Bedingung dem Zentrum schon seit 14 Tagen Kenntnis gegeben hätte, kommt sie jetzt erst damit heraus. Diese Tatsache, auch die andere der neuen Ministerforderungen und der neuen Wünsche auf Besetzung weiterer Minister mit Fachministern, zeigt, daß wir es hier mit einer Partei zu tun haben, auf deren Taktik kein Verlaß ist, die aber damit ein gefährliches Spiel treibt.

Nun ist alles wieder in der Schwebe. Fehrenbach steht vor einem Trümmerhaufen. Man würde es ihm nicht verdenken können, wenn er unter diesen Umständen dem Reichspräsidenten sein Amt zurückgibt. Der Reichspräsident selber wird durch die zweideutige Haltung der Sozialdemokraten nachgerade in eine Lage gebracht, die ihm seinen Posten unterminiert. Doch das sind nicht unsere Sorgen. Aber das jammervolle Schauspiel, das heute die Sozialdemokraten und auch die Deutsche Volkspartei aus parteiischen Gründen mitten in einer fürchterlichen Notlage des Vaterlandes bieten, ist zum Erbarmen.

Zur politischen Lage

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 24. Juni. Die sozialdemokratische Fraktion ist, wie das „Tagblatt“ meldet, sich klar darüber, daß augenblicklich keine andere Regierungsbildung möglich ist, als diejenige, die von Fehrenbach angestrebt ist, und die Fraktion weiß nur noch nicht, ob und wie sie das Toleranzverhältnis ausprechen soll, da sie es auf alle Fälle vermeiden wollen, für irgendwelche Handlungen eines Kabinetts mit verantwortlich gemacht zu werden, in dem auch die Deutsche Volkspartei vertreten ist. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Sozialdemokratie vorher öffentlich keine offizielle Erklärung über ihr Verhalten bei der Vorstellung der neuen Regierung im Reichstag abgeben wird. Aber sie wird voraussichtlich durch persönliche Äußerungen die entscheidenden Faktoren von ihren beifälligen Schritten unterrichten und so Herrn Fehrenbach die Möglichkeit geben, das Kabinett bei einem wohlwollenden Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Gestern abend äußerte Fehrenbach fraktionslos gegenüber, daß er die Hoffnung auf die Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Mittelparteien noch keineswegs aufgegeben habe. Ausgeschlossen ist jedoch, daß bereits heute vor dem Zusammentritt des Reichstages das Ministerium gebildet werden wird. Die weiteren Verhandlungen würden sich im Gegenzug noch etwas hinziehen. Der Reichstagsausschuß des Reichstages tritt heute vormittag um 11 Uhr zusammen. Es ist, wie verlautet, geplant, angestrichelt der ungelösten Kabinettsfrage den Zusammentritt des Reichstages noch um einige Tage zu verschieben. Für heute sind noch anlässlich der Eröffnung des Reichstages Gottesdienste im Dom und in der Hofkapelle anberaumt worden. Am Vormittag finden weitere Fraktionsabstimmungen sämtlicher Parteien bis auf die Reichstagssozialdemokratie statt, die erst eine halbe Stunde nach der Plenarsitzung zu Verhandlungen zusammenzutreten will.

Berlin, 23. Juni. Infolge der jüngsten Wendung in der Kabinettsbildung sind sämtliche Fraktionen des Reichstages heute vormittag zusammengetreten, um zur Lage Stellung zu nehmen. Nach der „V. B. am Mittag“ wird die Lage für außerordentlich schwierig gehalten. Die Schwierigkeiten seien darauf zurückzuführen, daß die Reichstagssozialdemokraten bei der Bildung begriffenen Regierung das Vertrauen verlor, wenn auch mit einer Formulierung, die nach Ansicht der Sozialdemokraten ihr schatte, im Amt zu bleiben. Die zweite Schwierigkeit liege in der von der Deutschen Volkspartei aufgeworfenen Frage der Besetzung gewisser Ministerien. Letztere Schwierigkeit sei die geringere und würde sich voraussichtlich überwinden lassen. Zur Haltung der Demokraten fand die „V. B.“ die demokratische Fraktion habe eine ausdrückliche Zustimmung der Reichstagssozialdemokraten zum Regierungsprogramm als unbedingte Voraussetzung für ihre Teilnahme an der Regierung erklärt. Nach der Stellungnahme der Sozialdemokraten wird in führenden demokratischen Kreisen es für unmöglich gehalten, daß die Regierung noch aus dem Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei zustande komme. Man glaubt, daß nunmehr nur übrig bleibe, eine Regierung aus Zentrum und Deutscher Volkspartei zu bilden, die die Demokraten nur in den parlamentarischen Formen unterstützen würden. Neuere amtliche Informationen über die Lage liegen nicht vor.

Die Verhandlungen gehen weiter

Berlin, 23. Juni. Die Verhandlungen des Reichstagsausschusses über die Bildung des Kabinetts haben heute ihren Fortgang genommen, ohne daß irgendeine Störung eingetreten ist. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß in kürzester Zeit das Kabinett zum mindesten in den entscheidenden Ministerien besetzt sein wird. Über die wesentlichen Fragen ist zwischen den an den Verhandlungen beteiligten Parteien Übereinstimmung erzielt worden, besonders auch insofern, als die bisherigen demokratischen und Zentrumsmittel-

glieder in ihren Kabinettern verbleiben. Die Besetzung des auswärtigen Amtes mit dem früheren Ministerialdirektor Simon hat allgemeine Zustimmung gefunden. Infolge der eubgünstigen Abgabe des Reichspräsidenten Wiedfeld wird bereits mit einer anderen bedeutenden Persönlichkeit des Wirtschaftslebens verhandelt. Der Abgeordnete Becker-Olsen hat aus persönlichen Gründen die Übernahme eines Amtes ablehnen müssen. Der Minister Stegwald, der für das Reichsarbeitsministerium in Frage kam, hat sein vereinfachtes Portefeuille zu behalten gewünscht. Der für dasselbe Ministerium vorgeschlagene Becker-Arnberg hat gleichfalls aus persönlichen Gründen gebeten, von ihm absehen zu wollen.

Werbende Wahrheiten

Die augenblickliche Stodung auf dem Warenmarkt infolge unferer Volatverbesse rung führt die große Gefahr mit sich, daß unsere Erzeugung, die in einem hoffnungsvollen Wiederaufbau begriffen war, wieder zusammenbricht und Betriebsbeeinträchtigungen und Arbeitsentlassungen eintritt. Das muß aber im allgemeinen Interesse verhütet werden. Wo deshalb starker Bedarf fortbesteht und die finanziellen Mittel vorhanden sind, sollte seitens des Konsums weiter gekauft werden. Die Warenbesitzer müssen aber auch ihrerseits ein Opfer bringen, indem sie mit möglichst geringem Nutzen, aber gar ohne einen solchen, unter Umständen gar mit einem erträglichen Verlust abstoßen. So muß allseitig dafür gesorgt werden, daß die Nachfrage wenigstens im Ausmaß bleibt. Währenddessen müssen Maßnahmen ergriffen und getroffen werden, um in die Volatarmstellung eine gewisse Stetigkeit hineinzubringen, sie zu stabilisieren. Auf diese Weise läßt sich wieder eine feste Kalkulationsgrundlage schaffen, die wiederum die Möglichkeit einer ruhigeren Preis- und Lohnbewegung mit sich bringt.

So wird man versuchen müssen, das auf den ersten Blick bestehende Rätsel zu lösen, wie es möglich ist, daß in einer Zeit stark bleibenden Warenbedarfs für die arbeitstüchtige Hand die genügende Beschäftigung fehlt. Die Antwort muß dahin lauten, daß für den heimischen Warenbedarf nicht lediglich der Grad des Bedarfs maßgebend ist, sondern die Kaufkraft des Bedarfs im Verhältnis zu den vorhandenen Vorräten. Das führt von selbst zu dem Ergebnis, daß nicht ständige Lohn- und Gehaltssteigerungen den breiten Käufermassen eine angemessene Bedarfsdeckung ermöglichen, sondern nur solche Warenpreise, die einigermaßen erdünstlich sind und nicht den Charakter von Luxuspreisen tragen. Eine Erzeugung, die auf eine Bedarfsdeckungswirtschaft zu erdünstlichen Kleinverdiensten hinzielt, ist die beste Sicherung gegen Absatzrisiko und Arbeitslosigkeit. Es ist äußerst bemerkenswert, mit welchem Nachdruck heute selbst die Leitung des sozialdemokratischen Vergarbeiterverbandes sich zu dem Satz bekennt, daß nicht mit ständigen Lohnsteigerungen dem Arbeiter auf die Dauer geholfen ist, sondern daß Abhilfe auf einem anderen Wege gefunden werden muß.

So bringt die Nummer 13 des Organs dieses Verbandes, die „Vergarbeiterzeitung“, einen Artikel: „Schluß mit den Preissteigerungen“, in dem nachgewiesen wird, daß die Erhöhungen der Kohlenpreise ständige Hinausschiebungen der Preise für alles, was man verbraucht und gebraucht, nach sich ziehen muß, und in dem sich folgende Sätze finden: „Es ist die allerhöchste Zeit, daß mit den Kohlenpreiserhöhungen Schluß gemacht wird. Die Arbeiter betrogen sich selbst, wenn sie glauben, durch Lohnaufschläge von 5, 8, 10, 15 und mehr Mark pro Schicht verbesserten sie ihre Lage. Mit den Lohnrückgängen gehen noch stärkere Preissteigerungen einher. Was hat die ... Lohnsteigerung dem Arbeiter wirklich genutzt? Gar nichts. Denn die Preise aller anderen Waren stiegen mit den Kohlenpreisen, und die Lohnsteigerung — war für die Koh. Schon worden neue Lohnrückgängen gefordert. Sind sie bewilligt, dann werden sie nach einigen Wochen wieder vernichtet worden sein durch neue Preissteigerungen. — Wir sind längst an dem Punkt angelangt, wo jede Lohn- und Gehaltssteigerung nur noch eine Vermehrung des Einkommens bedeutet. ... Wir müssen aus der reinlichen Preistreibeerei heraus. Kein Arbeitermann hat Nutzen von der Preistreibeerei.“

Der Weg zu wirklicher Hilfe liegt in einer Steigerung der Erzeugungsmöglichkeit der Wirtschaft. Und dann bleibt der Satz stehen, daß trotz Produktions- und Absatzrückgang der Weg zur Rettung Deutschlands liegt in der Fortsetzung noch mehr Arbeit!

Das rote Berlin

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Wahlen für das Stadtparlament des neuen „Groß-Berlin“ stellen eine verwickelte Neuauflage der Reichstagswahlen vom 6. Juni dar. Das Verhältnis der einzelnen Parteien gemäß der für sie abgegebenen Stimmen hat sich im Grunde wenig geändert. Die Unabhängigen beherrschen mit erdünstender Mehrheit Berlin. In weitem Abstände folgen die Reichssozialisten, die in Berlin schon lange keine Reichstagssozialisten mehr sind. Gegenüber den vereinigten beiden sozialistischen Gruppen ist das Berliner Bürgerturn allzu an die Wand gedrückt. Von den 225 im Berliner Stadtparlament zu besetzenden Mandaten werden die beiden sozialistischen Gruppen 126 innehaben, während das Bürgerturn mit seinen 99 Mandaten zur Schwachmacht verurteilt ist. Berlin, das früher eine Domäne der Demokraten und des sogenannten „Mittelstandes“ war, ist heute ein Experimentierfeld für die roten aller Schattierungen geworden. Einige Zahlen müssen das Gesagte erläutern:

140, Seite 4
igen Streber,
nd Urenhaus
abe, sein gold-
ieber, das be-
an Ernst und
n. Da muß
Bettina darf
atürlich Bettler
Ejan und
blefer Brute
ach dem hüßel
umme Andrest
die Wafe zur
leiten offenbar
im alles was
vom Lebigein
le willigt ein.
en ab. Hier
Bautingum den
während Wo-
glückliche Wo-
eine Arme. —
Theatermaske
sch-schundlicher
achte sich noch
die Aufführung
wurde wieder-
nd.
Nach Linzere
'einen jungen
eßten geber
s gegnerlich
umittel. Ein
Aust von der
geportieren mit
t' ein. Im
Aufführung, daß
war gefun-
nt.
hageflechte
guten Kost-
na groß
eine unendliche
Gottes willen
zu versichern
scheiden die die
en. Die nicht
brände frucht-
ist Märchen
den in diese
Standeshüter
machen. Mög-
ich andere un-
abemittel. In
faut, Toller;
aner, Weller;
d: 7 Gallari.
kleiner Vau-
er. — Der
in Dresden
zenhüte
billigen.
19 nur 19.
gen
rier Müde
Prozent
ndt in der
tag, den 21.
hätte ein beifol-
ca. 2,7 Pro-
angene Wert
nicht.
eith von der
m. Bundesrat
u Dresden.
Dresden
— 10 190
— 5 10
Klub und Hoff
ich und Hoff
für das Reich
ich der Haupt
Sorie brüde
te gleichmäßig
u Dresden.
endes beifolgt
auf die Zeit von
4. Lebensjahr
n Alter von 4
August 1920 —
4. Lebensjahr
er ab).
4. Lebensjahr
ntmachung vom
u Dresden.